



RECHENSCHAFTSBERICHT DER LANDESSENIORENVERTRETUNG NRW E. V. 2001

Vorbemerkung

Der Vorstand der Landessenorenvertretung (LSV) NRW legt zur Information der Mitglieder den Rechenschaftsbericht 2001 vor. Ebenso, wie im Bericht für das Jahr 2000, werden nachfolgend die Arbeitsschwerpunkte der Arbeit vorgestellt, Entwicklungen aufgezeigt und gegenwärtige wie zukünftige Handlungsfelder dargestellt. Der Bericht ist in fünf Bereiche gegliedert:

1. Vorstand	2
1.1 Gremienarbeit und Stellungnahmen	3
1.2 Kooperationen	11
2. Mitglieder	13
3. Weiterbildungsangebote	15
4. Öffentlichkeitsarbeit	16
5. Perspektiven	20

1. Vorstand

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW schließt mit dem Rechenschaftsbericht 2001 ein erfolgreiches und arbeitsintensives Jahr ab. Das internationale Jahr der Freiwilligen und des Ehrenamtes war für die LSV NRW durch zahlreiche Aktivitäten geprägt. Die Großveranstaltung anlässlich des 15-jährigen Bestehens der LSV NRW am 26. April, zahlreiche Seminare und Veranstaltungen, Stellungnahmen im Landtag und gegenüber Ministerien, Gremienarbeit, Kooperationen und viele Termine und Gespräche mit den SV ‚vor Ort‘ gehörten zum Arbeitsprogramm des Vorstands.

In seiner Klausurtagung im September 2001 hat der Vorstand seine Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2002 festgelegt. Die Vorbereitung von Seminaren (s. Jahresprogramm 2002), inhaltliche, organisatorische und finanzielle Planungen wurden vorgenommen. Zur Entlastung des Vorstands wurde die Gründung von Arbeitskreisen vorbereitet. Ziel der regelmäßig tagenden Arbeitskreise soll eine themenbezogene, kooperative Arbeit für den Vorstand der LSV NRW sein. Die geplanten Arbeitskreise sollen Mitgliedern der LSV NRW, insbesondere denjenigen, die sich für die Arbeit des Vorstands der LSV NRW engagieren wollen, die Möglichkeit der Mitarbeit und Mitgestaltung bieten. Ferner besteht die Gelegenheit, durch die Mitarbeit in Arbeitskreisen die Vorstandsarbeit kennen zu lernen, ohne zunächst ein Mandat wahrzunehmen. Über die Planung von Arbeitskreisen hinaus wurde innerhalb des Vorstandes eine Arbeitsverteilung bezüglich der Mitgliederbetreuung vorgenommen (s. 2. Mitglieder).

Seit Herbst 2001 hat die Geschäftsstelle eine neue Mitarbeiterin: Karin Rohkamm. Sie unterstützt die LSV NRW sehr kompetent und engagiert in der Geschäftsstelle. Die LSV NRW ist in den Jahren ihres Bestehens stetig angewachsen. Die Anforderungen an die Professionalität einer ehrenamtlichen politischen Interessenvertretung sind dabei ebenso gewachsen. Der Vorstand der LSV NRW freut sich über diese Verstärkung der Geschäftsstelle, in der bislang Christel Budde allein tätig war.

1.1 Gremienarbeit und Stellungnahmen

Gremienarbeit

Der Vorstand der LSV NRW war auch im Jahr 2001 in den zentralen altenpolitischen Gremien des Landes aktiv.

Tabelle 1: **Gremien auf der Landesebene, mit Beteiligung der LSV NRW**

Gremium	Zuständigkeit im Vorstand der LSV NRW
Landespflegeausschuss Nordrhein-Westfalen	Irmgard Scheinemann Dr. Uta Renn
Kleine Landeskonferenz zur Qualitätssicherung in der Pflege	Irmgard Scheinemann Dr. Uta Renn
AG Seniorenwirtschaft im Bündnis für Arbeit (mit drei Unterarbeitsgruppen): AG 1 Telekommunikation und neue Medien für Ältere AG 2 Wohnen, Handwerk und Dienstleistungswirtschaft AG 3 Freizeit, Wellness, Tourismus und Sport	Günther Illhardt Horst-Erhardt Knoll Irmgard Scheinemann Hiltrud Wessling Hiltrud Wessling Ruth Hunecke
Landesseniorenkonferenz (LSK) Nordrhein-Westfalen	Hiltrud Wessling Irmgard Scheinemann
Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V., Dortmund	Horst-Erhardt Knoll Hiltrud Wessling
Projektbeirat Senioren-online beim KDA Köln	Günter Illhardt
Beirat der Gesellschaft für Gerontotechnik, Iserlohn	Hiltrud Wessling Horst-Erhardt Knoll
Kuratorium des Fördervereins der Pflegewissenschaften an der Universität Bielefeld	Ruth Hunecke

Landespflegeausschuss Nordrhein-Westfalen und Kleine Landeskonferenz zur Qualitätssicherung in der Pflege

Sowohl der Landespflegeausschuss als auch die ‚Kleine Landeskonferenz zur Qualitätssicherung in der Pflege‘ waren im Jahr 2001 thematisch vor allem mit der Diskussion der Forschungsergebnisse einer FfG-Studie befasst. Die Studie, durchgeführt von Dr. Eckart Schnabel, Martina Getta u.a., untersuchte das *Leistungsgeschehen* (d.h. Leistungen, die für Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen erbracht werden) in 27, von den Trägern selbst vorgeschlagenen Heimen in NRW. Analysiert wurden dabei die Daten von 731 Heimbewohnern an 4.000 Arbeitstagen. Zu den insgesamt als dramatisch zu bewertenden Ergebnissen (in bezug auf die pflegerische Versorgung der Heimbewohner) hat die LSV NRW in beiden Gremien Stellung bezogen. In ihrer schriftlichen Stellungnahme hat die LSV NRW auch Konsequenzen aus den Ergebnissen aufgezeigt.

Obgleich die Forschungsergebnisse dringend zur Handlung auffordern, ist es auf Grund wiederstreitender Interessen im Landespflegeausschuss, insbesondere auf Grund des Widerstandes der Pflegekassen, bislang nicht zu einer Veröffentlichung der Ergebnisse gekommen. Für eine solche notwendige Veröffentlichung hat sich die LSV NRW in beiden Gremien immer wieder eingesetzt. Im Frühjahr 2002 soll es nun dazu kommen. Von der Veröffentlichung erhofft sich die LSV NRW eine Verbreitung dieser bisher einmaligen **Belege** für die Situation in der Pflege.

AG Seniorenwirtschaft im Bündnis für Arbeit

In den drei Arbeitsgruppen zum Projekt Seniorenwirtschaft fanden Anregungen der Vorstandsmitglieder der LSV NRW Eingang. Unter Mitwirkung der LSV NRW wurde der Leitfaden ÄLTERE MENSCHEN auf REISEN (s. Tabelle 1, AG 3) erstellt (s. *Nun Reden Wir*, Ausgabe Nr. 36, Juni 2001, S.12). Da aus Sicht älterer Menschen Verbesserungen der Reisebedingungen erforderlich sind, hat die LSV NRW die Herausgabe einer Broschüre, die sich an den Tourismusverband richtet, sehr begrüßt und unterstützt. Angefordert werden kann die Broschüre bei Vera Gerling und Michael Cirkel, Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft, am Institut Arbeit und Technik, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen. Tel: 0209/1707 343. Fax: 0209/1707 110. E-Mail: seniorenwirt@iatge.de.

Darüber hinaus fanden die Anregungen der LSV NRW ihren Niederschlag in dem

Entwurf der Broschüre „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für Senior/innen in NRW“ (s. Tabelle 1, AG 2). Ferner werden in einer Broschüre der Handwerkskammer Düsseldorf, deren Ziel darin besteht, Handwerker aller Gewerke für die Belange älterer Menschen zu sensibilisieren, die Anschriften der SV veröffentlicht. Vor allem soll durch die Broschüre die Kooperation bzw. die Abstimmung der einzelnen Gewerke durch die Handreichung verbessert werden.

Landesseniorenkonferenz (LSK) Nordrhein-Westfalen

Am 15. März lud Ministerin Birgit Fischer zur konstituierenden Sitzung der Landesseniorenkonferenz NRW ein. An dieser Konferenz nahm die LSV NRW mit insgesamt zehn Personen teil, drei Vorstandsmitglieder und sieben kommunale Seniorenvertreterinnen und -vertreter. Im Vorfeld dieser Konferenz hatte die LSV NRW gemeinsam mit anderen Seniorenorganisationen (altenpolitische Vertreter aus den Gewerkschaften, Vertreter der CDU Senioren-Union NRW, Vertreter der SPD AG 60 plus NRW) eigene Vorschläge zur Gestaltung eingebracht. Dies führte zu einer Diskussion über den Sinn und möglichen Nutzen einer solchen Konferenz. Die Vorbehalte der LSV NRW und der anderen politischen Seniorenorganisationen wurden mit dem zuständigen Ministerium erörtert. Schließlich stimmte die LSV NRW auch im Namen der anderen politischen Seniorenorganisationen einer Mitarbeit in der Konferenz zu. Die vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG) konzipierte Konferenz soll einmal jährlich tagen und durch eine Arbeitsgruppe¹, bestehend aus fünf benannten Personen, vorbereitet werden. Als Dialogforum mit impulsgebender Funktion soll die LSK unterschiedliche Interessen der seniorenpolitischen Akteure zusammen bringen. Die LSK beschränkt sich auf Themen des MFJFG. Für die im Frühjahr 2002 vorgesehene zweite LSK ist das Thema: „Ältere Menschen und neue Medien vorgesehen“.

In der ersten Sitzung der LSK am 15. März wurde zunächst die aktuelle Landesseniorenpolitik vorgestellt; dazu wurden folgende Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich der Altenpolitik und Wissenschaft geladen:

¹ Die wissenschaftliche Beraterin der LSV NRW Barbara Eifert nimmt an der vorbereitenden Arbeitsgruppe für die LSV NRW und die anderen seniorenpolitischen Seniorenorganisationen teil.

Tabelle 2: Mitglieder der Landesseniorenkonferenz NRW

Geschäftsführung	
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen	
Mitglieder <i>Organisation/Institution</i>	Anzahl der <i>Mitglieder*</i>
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege + ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren der Wohlfahrtsverbände	3 7
Arbeitskreis Ostviertel, Münster	1
FfG (Forschungsinstitut für Gerontologie, Dortmund)	1
IAT (Institut für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen)	1
Institut für gerontologische Forschung, Berlin	1
KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln)	1
Landkreistag NRW	1
Vorstand der LSV NRW (Landesseniorenvertretung NRW, Münster) + kommunale Seniorenvertretungen	3 7
Senioren-Union der CDU NRW	1
SPD AG 60 plus NRW	1
Sozialverband Deutschland	1
Sozialverband VdK NRW	1
Städte- und Gemeindebund NRW	1
Städtetag NRW	1
Verein für Gemeinwesen- und Sozialarbeit Kreuzviertel, Dortmund	1
ZWAR (Zwischen Arbeit und Ruhestand) Dortmund	1
DGB-Vertreter	1
Gesamtanzahl Mitglieder LSK	35

* Der Wunsch der Landesseniorenvertretung, einen Teilnehmer aus dem Bereich Migranten in die LSK zu berufen, wird durch das MFJFG geklärt.

Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG) e.V., Dortmund

Auf der Jahreshauptversammlung der FfG informierte sich die LSV NRW über Forschungsprojekte im Institut für Gerontologie. Zudem besteht durch die Ansiedlung der Stelle der wissenschaftlichen Beraterin der LSV NRW beim Institut für Gerontologie eine gute Kommunikation mit der FfG. Ferner konnten vom Institut für Gerontologie

logie auch im Jahr 2001 wieder Fachreferentinnen und -referenten für Veranstaltungen und Veröffentlichungen der LSV NRW gewonnen werden. Die Zusammenarbeit zwischen FfG und LSV NRW wurde 2001 darüber hinaus durch eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema „Politische Beteiligungsmöglichkeiten für ältere Menschen“ (s. 3. Weiterbildungsangebote und Veranstaltungen) in der Stadt Lünen gefestigt.

Projektbeirat Senioren-online beim KDA Köln

In den Projektbeirat konnten Anregungen weitergegeben werden. Zudem wurde die Homepage der LSV NRW weiterhin durch die SOL- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreut.

Beirat der Gesellschaft für Gerontotechnik (GGT), Iserlohn

Im Beirat der GGT wird die LSV NRW über die Arbeit und Produkte der GGT informiert. Zudem ist die LSV NRW als wichtiger Gesprächspartner, der wertvolle Anregungen an die GGT weitergibt, gefragt. Im Berichtsjahr tagte der Vorstand der LSV NRW auf Einladung der GGT im September in Iserlohn.

Unter dem Motto: „Wer für die Jugend konstruiert, schließt das Alter aus. Wer für das Alter konstruiert, schließt die Jugend ein“ arbeitet die Gesellschaft für Gerontotechnik in Iserlohn. Die Arbeitsbereiche der GGT umfassen drei Schwerpunkte: 1. Erprobung, Begutachtung und Optimierung seniorenrelevanter Produkte sowie die Entwicklung von Neuheiten. 2. Bekanntmachung von empfehlenswerten Produkten. 3. Vermittlung von Kompetenz und Qualifikation für den Seniorenmarkt.

Die Ausstellung der GGT, tÜV-geprüfte bauliche Maßnahmen, sowie Hilfen zur Körperpflege in Bad und WC, sind in einem Ratgeber der GGT aufgeführt. Sie sollten aber vor allem bei einem Besuch, den die LSV NRW sehr empfiehlt, besichtigt werden.

Kuratorium des Fördervereins der Pflegewissenschaften an der Universität Bielefeld

In der Mitgliederversammlung vom November 2001 wurde eine Resolution zur Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema Pflegeeinrichtungen verabschiedet.

Die Resolution wird auch von der LSV NRW unterstützt. Die künftig steigenden Bedarfe und Anforderung bei der Versorgung pflegebedürftiger und behinderter Menschen stellen die bisherige Versorgung (stationär und ambulant), insbesondere vor dem Hintergrund immer offener werdender Missstände, in Frage. Eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages würde das Thema unter Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen sowie Expertinnen und Experten stärker und sachorientierter in die Öffentlichkeit transportieren und damit notwendige Veränderungen forcieren.

Zudem wurde in der Resolution – hilfsweise - die Einrichtung einer „Enquete-Kommission Heime“ im nordrhein-westfälischen Landtag gefordert.

Darüber hinaus arbeiten Vorstandsmitglieder der LSV NRW auf der Bundesebene in folgenden Gremien mit:

Tabelle 3: Gremien auf der Bundesebene, mit Beteiligung der LSV NRW

Bundesseniorenvertretung BSV Hauptausschuss	Hiltrud Wessling Dr. Uta Renn
Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) Fachkommission Pflege	Dr. Uta Renn
Bundesinteressenvertretung der Altenheimbewohner e. V. (BIVA)	Dr. Uta Renn
‘Qualitätsbewertung von altengerechten Wohnprojekten’, empirica.	Hiltrud Wessling
AG Deutsche Seniorenpresse	Günter Illhardt

Unser Wissen und unsere Erfahrungen brachten wir in der **BSV** bei der Novellierung des Heimgesetzes, bei den Entwürfen zur Heimmitwirkungsverordnung und zur Heimmindestverordnung ein. Darüber hinaus arbeitete die LSV NRW in der Fachkommission Pflege der **BAGSO** mit. Zu den dort behandelten Themen- und Problemfeldern zählten: der Pflegekräftemangel; die Definition des Begriffs „Pflegequalität“; die Qualifizierung von Heimbeiräten; Gewalt in der Pflege; Betreuungsvergütungen sowie die besondere Problematik Demenzkranker.

Außerdem ist der Vorstand Mitglied in der **BIVA**. Besondere Schwerpunktthemen

waren dort im letzten Jahr: Das 3. Gesetz zur Änderung des HeimG. und das Pflegequalitätssicherungsgesetz. Beide Gesetze sind zum 01.01.2002 in Kraft getreten. Die seit 1978 nahezu unveränderte HeimmindestbauV wird ebenfalls den Entwicklungen in den vorgenannten Gesetzen angepasst. Eine Verbesserung stellt auch das PflegeLeistungsverbesserungsgesetz (PflG) dar, wonach zu Hause lebende demenziell erkrankte Menschen finanzielle Hilfen von bis zu 460,-- Euro jährlich erhalten sollen. Eine besondere Rolle spielt das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Modellprojekt zur Qualifizierung von Heimbeiräten und Heimfürsprechern durch Multiplikatoren.

Stellungnahmen

Nachfolgend werden ausgewählte Stellungnahmen der LSV NRW im Jahr 2001 zu zentralen Themenbereichen aufgeführt:

- Stellungnahme zur Fachveranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen, Thema: „Landespfleugesetz“ im Februar 2001.
- Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Landtags „Wirkungen des Gesetzes zur Umsetzung des Landespfleugesetzes“ am 23. Mai 2001. Die Stellungnahme erfolgte – mit Aktualisierungen – auf der Grundlage der bereits Ende 1999 schriftlich eingereichten Stellungnahme der LSV NRW. Bei Interesse erteilt Frau Eifert (0231/72848821) Auskunft zum Thema.
- Stellungnahme der Landesseniorenvertretung e.V. (LSV NRW) zum Antrag der Fraktion der CDU: „Ehrenamt stärken – Aktive Bürgerschaft aufbauen.“ Drucksache 13/896 (auf der homepage der LSV NRW abrufbar: www.senioren-online.de/lsv-nrw, oder bei der Geschäftsstelle anzufragen).
- Stellungnahme zu den Forschungsergebnissen der FfG-Studie „Pflegebedarf und Leistungsgeschehen in vollstationären Pflegeeinrichtungen“, März 2001 (s. Gremienarbeit: Landespflegeausschuss und Kleine Landeskonferenz zur Qualitätssicherung in der Pflege). Die Stellungnahme kann in der Geschäftsstelle angefordert werden.
- Stellungnahme zur veränderten Finanzierung der Wohnberatungsstellen des Landesprogramms gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifika-

tion und Technologie (MASQT, Minister Harald Schartau). Zunächst hatte die LSV NRW im Juli 2001 zu einem Informationsgespräch nach Münster eingeladen. An diesem Gespräch nahmen ein Vertreter des für den Pflegebereich zuständigen Ministeriums (MASQT), Vertreter der Pflegekassen und Vertreterinnen und Vertreter der Wohnberatungsstellen teil. Dabei wurde bestätigt, dass die Pflegekassen, die bislang ein Drittel der Kosten der Wohnberatung übernommen hatten, aufgrund rechtlicher Einwände der für sie zuständigen Aufsichtsbehörde nunmehr zu einer fallbezogenen Vergütung der Wohnberatung übergegangen sind. Für die Wohnberatungen bedeutet dies, dass sie ein Drittel ihrer Kosten nun über Honorare erwirtschaften müssen. Dies führt zu Problemen.

Nach dem Gespräch wandte sich die LSV NRW mit folgenden Argumenten für die Wohnberatung an Minister Harald Schartau.

1. Die Wohnberatung hat sich als Mittel der Prävention und im Sinne des Grundsatzes ‚ambulant vor stationär‘ bewährt.
2. Durch die Neuregelung der Finanzierung des Pflegekassenanteils für die Wohnberatung in NRW ist deren Existenz in vielen Kommunen bedroht. Diese Feststellung gilt auch dann, wenn einige wenige Wohnberatungen aufgrund alternativer Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. durch finanzstarke oder -willige Kommunen), weiter arbeiten können. Im Sinne der Betroffenen muss aber die ‚Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse‘ im Lande auch in Bezug auf die bewährte Wohnberatung gewahrt bleiben.
3. Die mit der Neuregelung erfolgte Ungleichbehandlung ratsuchender, hilfs- und pflegebedürftiger Menschen bei der Wahrnehmung von Wohnberatungen ist zum einen nicht gerechtfertigt und zum anderen kaum zu vermitteln. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wohnberatungen müssen den Menschen vor Ort erklären, warum die einen, bei ohnehin starken finanziellen Belastungen durch Wohnraumanpassungsmaßnahmen, für die Beratung bezahlen müssen, demgegenüber die anderen kostenlos beraten werden. Dieser Umstand stellt kein einfaches Vermittlungsproblem dar, das durch eine gute ‚Verkaufsstrategie‘ gelöst werden könnte. Leistungsrechtliche Argumentationen, die in diesem Zusammenhang interessengemäß von den Pflegekassenvertretern angebracht werden, greifen in der Beratungsrealität oftmals nicht.

4. Mit Befremden hatte die LSV NRW im Zusammenhang mit der o.g. Ungleichbehandlung das Schweigen der die Wohnberatung koordinierenden Verbraucherzentrale NRW registriert. Deshalb wandte sich die LSV an die Verbraucherzentrale mit der Bitte um Stellungnahme und vereinbarte für 2002 einen Gesprächstermin zu diesem Thema.

Die Stellungnahme zum Erhalt der Wohnberatungsstellen wurde in Abstimmung mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter (LAG/SB NRW) vorgenommen. Durch den Einsatz der LSV NRW mit der LAG/SB NRW und weiterer Proteste wurde der Landeszuspruch für die Wohnberatungen noch einmal aufgestockt, so dass die Wohnberatung zumindest für 2001 und 2002 erhalten werden kann. An der Finanzierungsart durch die Pflegekassen hat sich indes nichts geändert. Dieses Problem lässt sich nur auf der Bundesebene lösen. Die Wohnberatung muss als unabdingbares Mittel der Prävention anerkannt und Finanzierungsmöglichkeiten dafür eruiert werden. Die LSV NRW wird sich weiter in der Sache engagieren.

1.2 Kooperationen

Auch im Berichtsjahr stärkte die LSV NRW durch ihre Mitarbeit in Gremien, durch Stellungnahmen (s.1.1), durch Gespräche und gemeinsame Aktionen ihre vorhandenen vielfältigen Kooperationen auf der Landesebene mit allen maßgeblichen altenpolitischen Akteuren. Nachfolgend werden die für 2001 besonderen Kooperationen aufgeführt.

Mit der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der politischen Seniorenorganisationen ist im Hinblick auf eine Stärkung der politischen Partizipation älterer Menschen in NRW ein besonderer Schritt eingeleitet worden.

Landesarbeitsgemeinschaft der politischen Seniorenorganisationen (LAGSO)

Am 29. Oktober 2001 gründeten unter Federführung der Landesseniorenvertretung NRW e.V. die folgenden nordrhein-westfälischen Seniorenorganisationen eine Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen in NRW (LAGSO): Liberale Senioren NRW, Senioren-Union der CDU NRW, DGB Landesbezirk NRW, Deutsche Beamtenbund Landesverband NRW (BRH NRW), GEW Landesverband NRW. Sowohl die SPD AG 60 plus NRW als auch Ver.di NRW erklärten ihre Mitarbeit nach

Abstimmung in ihren Organisationen. Ziel der LAGSO ist die verbesserte Durchsetzung von Senioreninteressen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit im Land. Die Aufgaben der LAGSO liegen im regelmäßigen Informationsaustausch und in der Abstimmung seniorenrelevanter Sachfragen. Mindestens zweimal pro Jahr wollen sich die LAGSO-Vertreterinnen und -Vertreter treffen. In der Gründungsversammlung sprachen sich alle Anwesenden einstimmig für die flächendeckende Einrichtung von Seniorenvertretungen in NRW aus. Sie erwarten von der Politik die Einbindung der Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnung.

Büro gegen Altersdiskriminierung

Das Büro gegen Altersdiskriminierung in Köln führte gemeinsam mit Seniorenorganisationen am 29. November 2001 den ersten Beschwerdetag gegen Altersdiskriminierung in Deutschland durch (s. *Nun Reden Wir* Nr. 37/38). Ein solcher Beschwerdetag wurde in den Niederlanden mit großer Resonanz durchgeführt. Die LSV NRW unterstützte Idee und Durchführung des Beschwerdetags von Beginn an. Am 29. November 2001 konnten Menschen, die aufgrund ihres Alters diskriminierende Erfahrungen machen oder gemacht haben, unter einer bundesweit gültigen Telefonnummer anrufen und diese Erfahrungen schildern. Die Berichte wurden gesammelt, an die Presse und an Verantwortliche weitergegeben. Eine Dokumentation der gesammelten Beschwerden ist vorgesehen. Durch möglichst breite Veröffentlichung soll zum einen die Sensibilität für die Altersdiskriminierung und zum anderen die Innovationsmotivation der Verantwortlichen erhöht werden. Das Thema Altersdiskriminierung wird auch weiterhin ein Thema der LSV NRW sein. Über die weiteren Aktivitäten des Büros gegen Altersdiskriminierung wird die LSV NRW berichten (s. *Nun Reden Wir*) und sich ggf. daran beteiligen.

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

Erstmalig fand im September 2001 ein Gespräch mit den Spitzenvertretern der freien Wohlfahrtspflege statt. In dem Gespräch stellte die LSV NRW ihre Arbeit als unabhängige politische Interessenvertretung vor. Zudem standen die Themen ‚WDR-Rundfunkrat‘, ‚Pflegebereich‘, und ‚Wohnberatung‘ auf der Tagesordnung. Bezüglich des Vorschlagsrechts für den Rundfunkrat konnte keine Einigung erzielt werden, da

die Wohlfahrtsverbände nach wie vor der bemerkenswerten Ansicht sind, dass ausschließlich sie die ältere Generation vertreten und dass ihnen daher auch das Vorschlagsrecht für Vertreter der älteren Generation im WDR-Rundfunkrat zustehe. Bezüglich des Themenbereichs Pflege waren sich LSV NRW und die Wohlfahrtsverbände einig, dass strukturelle Verbesserung erforderlich sind, um die unbestritten bestehenden Missstände zu beseitigen. Auch bei dem Thema Wohnberatung bestand Einigkeit darüber, dass diese wichtigen, präventiv wirkenden Beratungsangebote aufrecht erhalten bleiben müssen. Verabredet wurde, künftig jährlich zu einem Gespräch zusammen zu kommen.

WDR

Für die Weiterführung der WDR 4-Rundfunksendung ‚In unserem Alter‘ hat sich die LSV NRW bereits im Jahr 2000 beim Intendanten Fritz Pleitgen eingesetzt. Nach dem Ausscheiden von Gretel Rieber wird die Sendung von Dr. Ulla Foehmer fortgeführt. Die LSV NRW hat ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der Sendung ‚In unserem Alter‘ angeboten. Am 26. Januar 2002 wurde die Arbeit der SV und LSV NRW in der Sendung vorgestellt.

2. Mitglieder

Im Jahr 2001 wurden fünf neugegründete kommunale Seniorenvertretungen Mitglieder der LSV NRW: Datteln, Erftstadt, Kalletal, Tecklenburg und Sundern. Im Januar 2002 lagen bereits zwei neue Anträge auf Mitgliedschaft in der LSV NRW vor. Die weiterhin positive Entwicklung verdeutlicht das steigende Interesse älterer Menschen an einer unabhängigen politischen Interessenvertretung auf kommunaler Ebene, insbesondere in den Kleinstädten und ländlich geprägten Gemeinden. Erfreulich an der gestiegenen Anzahl kommunaler SV und deren Mitgliedschaft in der LSV NRW ist die damit einher gehende Stärkung der Repräsentanz unabhängig organisierter politischer Interessen älterer Menschen im Land. Nach wie vor trifft zu, dass keine andere verbands- und parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung älterer Menschen in NRW derzeit über einen vergleichbar hohen Organisationsgrad verfügt.

Mit der Fragebogenaktion der LSV NRW im September 2001 konnten zum einen wichtige aktuelle Informationen zu Fragen der Konstituierung, Struktur und Arbeit der

SV erhoben werden, zum anderen konnten die Postanschriften der Mitglieder aktualisiert werden. An der Fragebogenaktion beteiligten sich erfreulich viele Mitglieder. Durch die Erhebung ist die LSV NRW nun sehr viel besser in der Lage, Informationen über die SV darzustellen.

Auf der Klausurtagung des Vorstandes der LSV NRW im September 2001 wurde zur Verbesserung und Intensivierung der Kommunikation mit den einzelnen LSV-Mitgliedern beschlossen, im Vorstand eine Aufteilung von Zuständigkeiten nach Regierungsbezirken vorzunehmen. D.h. SV in den jeweiligen Regierungsbezirken können sich mit Fragen, bei Unterstützungs- oder Informationsbedarf direkt an ein Vorstandsmitglied wenden. Zur verbesserten Kommunikation gehören Gespräche vor Ort, so weit sie gewünscht und von beiden Seiten (Betreuer und Mitglied) für sinnvoll gehalten werden. Die Vorsitzende der LSV NRW, Hiltrud Wessling, steht den SV aller Regierungsbezirke nach wie vor für repräsentative Aufgaben zur Verfügung.

Folgende Aufteilung wurde vorgenommen:

Tabelle 4: Zuständigkeitsbezirke der Vorstandsmitglieder der LSV NRW

Regierungsbezirk	Zuständiges Vorstandsmitglied
Arnsberg	Horst-Erhard Knoll
Detmold	Ruth Hunecke
Düsseldorf	Irmgard Scheinemann
Köln	Dr. Uta Renn
Münster	Günter Illhardt

Mit dem ständigen Beratungsangebot des Vorstandes der LSV NRW, gezielter Unterstützung von SV-Gründungen und durch Seminarangebote wurden Neugründungen von Seniorenvertretungen auch im Jahr 2001 begleitet. Zudem engagierte sich Frau Dr. Ilona Stehr wieder bei der Gründung kommunaler SV. Sie bot Initiativen zur SV-Gründung, Kommunen und bestehenden SV dazu auch 2001 erfolgreich Unterstützung an (s. Jahresprogramm der LSV NRW 2001 und 2002).

3. Weiterbildungsangebote

Auch im Jahr 2001 stellte das Angebot von Seminaren und Veranstaltungen für die kommunalen SV wieder einen Arbeitsschwerpunkt der LSV NRW dar. Folgende Seminare und Veranstaltungen wurden im Jahr 2001 angeboten.

Tabelle 5: **Seminar- und Veranstaltungsangebote der LSV-NRW 2001**

Monat	Titel	Form und Dauer
Januar	Argumentieren in Politik und Verwaltung II	Tagesseminar
Februar	TUE GUTES und REDE darüber	Zweitägiges Seminar
März	Jahresseminar Soest	Wochenseminar
April	15 Jahre Interessenvertretung älterer Menschen in NRW	Großveranstaltung
Mai	Ältere Frauen + Gesundheit, im Rahmen der Frauengesundheitstagen in Münster	Vortrag
Juni	Internetschnupperkurs I Internetschnupperkurs II	Tagesseminare
Juli	Argumentieren in Politik und Verwaltung I	Tagesseminar
August	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Dreitägiges Seminar
Oktober	Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft	Dreitägiges Seminar
November	Argumentieren in Politik und Verwaltung II Politische Beteiligungsmöglichkeiten für ältere Menschen	Tagesseminar Fachtagung
Dezember	Interneteinführungskurs Internetaufbaukurs	Dreitägige Seminare

Auch im Jahr 2001 konnte die LSV NRW neben den bereits regelmäßig angebotenen Seminaren (wie z.B. das Jahresseminar in Soest oder Seminare zum Thema 'Öffentlichkeitsarbeit' in Münster und Königswinter), weitere Angebote für ihre Mitglieder organisieren. Die Förderung des MFJFG machte dieses Angebot möglich. Insgesamt gab es 14 Angebote von der LSV NRW (zum Teil in Kooperation). In der *Nun Reden Wir* wurde über einzelne Seminare berichtet.

Die LSV NRW kooperierte auch im Jahr 2001 mit dem Arbeitnehmerzentrum Königswinter und der Kolpingbildungsstätte Soest. Darüber hinaus wurden Tagungen im Franz-Hitze-Haus und im Gesundheitshaus in Münster durchgeführt. Allen, die an unseren Angeboten mitgewirkt oder sich als Referentinnen und Referenten engagiert haben, dankt die LSV NRW an dieser Stelle nochmals herzlich!

Mit ihren Angeboten zur Weiterbildung und Information fördert die LSV NRW weiterhin kommunale Seniorenvertretungen bei der Bewältigung ihrer vielfältigen und steigenden Anforderungen.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Dieser Arbeitsbereich ist für die LSV NRW von zentraler Bedeutung. Nach wie vor ist die positive Darstellung des Alters in der Öffentlichkeit und die Sichtbarmachung altersrelevanter Themen ein wichtiges Anliegen der politischen Arbeit der LSV NRW. Dabei zielen alle diesbezüglichen Bemühungen *auch* auf eine verstärkte Wahrnehmung der unabhängigen politischen Interessenvertretung in Nordrhein-Westfalen. Ebenso wie in der Vergangenheit waren die Formen und Wege unserer Öffentlichkeitsarbeit auch 2001 wieder vielfältig.

Veranstaltungen

Zu dieser Vielfalt zählten insbesondere zwei eigene Veranstaltungen. Am 26. April begann die LSV NRW ihr 15-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Landtag NRW. Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Ministerin Birgit Fischer sprachen Glückwünsche und Würdigungen für die Arbeit der LSV NRW aus. In der Veranstaltung wurden aber auch die altenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen zu seniorenpolitischen Themen befragt. Die LSV NRW hat die den 26. April im Landtag per Video und auf CD dokumentiert.

Die gute Resonanz auf die Großveranstaltung bei den Mitgliedern, den Gästen und in der Presse bewirkte für die LSV NRW eine weitere Zunahme ihres Bekanntheitsgrades. Zudem verdeutlichte die Präsenz der mehr als 400 Vertreterinnen und Vertreter der SV im Landtag deren Stellenwert in der Altenpolitik.

In der Pressekonferenz informierte die LSV NRW im Landtag nicht nur über ihr 15-jähriges Bestehen, ihre Arbeit und aktuellen Forderungen (s. WDR-Rundfunkrat),

sondern gab auch eine Stellungnahme (am 19. April auf der Bundesebene durch die BSV verabschiedet) gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit ab. Vor dem Hintergrund der lange verharmlosten und in den letzten Jahren gestiegenen Gewalt in diesem Bereich war eine solche Stellungnahme überfällig. Auch bei der Preisverleihung des Bundeswettbewerbs „Senioren schreiben ihre Geschichte“ (Gesellschaft für Gerontotechnik und das Unternehmen *Alloheim*) der im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung stattfand, wurden anhand zweier prämiierter Geschichten die Folgen von Gewaltherrschaft und Hass noch einmal sehr deutlich hervorhoben.

Eine weitere Veranstaltung erzielte bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie in der Presse große Aufmerksamkeit. Die LSV NRW führte, in Kooperation mit der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG) und der Stadt Lünen eine Fachtagung zum Thema „Politische Beteiligungsmöglichkeiten für ältere Menschen“ durch. In der Stadt Lünen existiert seit 1999 eine neue Form der Einbindung des Seniorenrates in die Gestaltung der kommunalen Seniorenpolitik. Dies war Anlass, eine erste gemeinsame Fachtagung durchzuführen. Die Tagesveranstaltung richtete sich zum einen an ausgewählte Seniorenvertretungen und zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus nordrhein-westfälischen Kommunalverwaltungen. Zum anderen waren weitere altenpolitische Akteure aus Politik und Verwaltung des Landes eingeladen, an dem Erfahrungsaustausch teilzunehmen. Ziel der Tagung war es, über die breite Palette bestehender Konstituierungs- und Existenzformen von Seniorenvertretungen ins Gespräch zu kommen und sich über deren Vor- und Nachteile auszutauschen. Prof. Dr. Gerhard Naegele, Direktor des Instituts für Gerontologie in Dortmund, moderierte die Fachtagung mit rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Nach den Grußworten des Bürgermeisters der Stadt Lünen, Hans Wilhelm Stodollick und der Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung NRW, Hiltrud Wessling, referierten Dr. Ilona Stehr von der Stätte der Begegnung in Vlotho und Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der LSV NRW, über Strukturen von Seniorenvertretungen in NRW. Dabei wurde zum einen die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit kommunaler Seniorenvertretungen deutlich, zum anderen wurden die durchschnittlich mangelhaften Rahmenbedingungen für das parteipolitisch neutrale Engagement von Seniorinnen und Senioren dargestellt. Die Strukturvielfalt, so die Referentinnen, sei nicht nur Folge faktisch unterschiedlicher örtlicher Gegebenheiten, sondern auch Folge der nicht vorhandenen Institutionalisierung von Seniorenvertretungen. In der anschlie-

ßend lebhaft geführten Diskussion zeigten sich ein hohes Interesse und großer Informationsbedarf zu den Bedingungen der politischen Interessenvertretung älterer Menschen.

Den anschließenden Fachvortrag hielt Prof. Dr. Rainer Pitschas von der deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. In seinem Vortrag stellte Prof. Dr. Pitschas den bislang geringen Stellenwert des Alters in der Gesellschaft dar. Bezogen auf die kommunalen Seniorenvertretungen betonte er deren Bedeutung innerhalb des bürgerschaftlichen Engagements. Ferner hob er die Notwendigkeit politischer Partizipation älterer Menschen hervor.

Nach den Redebeiträgen des Vormittags wurden in vier Arbeitsgruppen Praktische Erfahrungen ausgetauscht.

- AG 1: „Ausschuss“ Moderation: Barbara Eifert,
Begleitung LSV NRW: Günter Illhardt.
- AG 2: „Urwahl“ Moderation: Annette Goebel.
Begleitung LSV NRW: Dr. Uta Renn.
- AG 3: „Delegiertenwahl & Ernennung“ Moderation: Dr. Ilona Stehr.
Begleitung LSV NRW: Ruth Hunecke.
- AG 4: „Andere Formen der Beteiligung“ Moderation: Hans Zakel.
Begleitung LSV NRW: Hiltrud Wessling.

In den Arbeitsgruppen wurden Hintergründe und Konsequenzen der unterschiedlichen Konstituierungsverfahren und Existenzformen vorgestellt. Über deren Vor- und Nachteile wurde engagiert diskutiert. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend im Plenum vorgestellt. Zusammenfassend ist vor dem Hintergrund praktischer Erfahrungen der Seniorenvertreterinnen und –vertreter festzuhalten, dass die Urwahl von Seniorenvertretungen nach wie vor das demokratischste Verfahren der Konstituierung darstellt. Zudem bildet die Urwahl eine gute Basis qualitativ hochwertiger Arbeit der Seniorenvertretungen. Die Möglichkeit, einen Seniorenausschuss einzurichten, birgt hingegen in der Praxis die Gefahr, dass dadurch die Arbeit der SV an Eigenständigkeit verliert und dass Seniorenpolitik auf einen Ausschuss reduziert wird. Damit stellt Seniorenpolitik nicht mehr als Querschnittsaufgabe in der Kommune gilt. Die vierte Arbeitsgruppe transportierte Informationen über weitere Formen der politischen Partizipation älterer Menschen in das Plenum, z.B. die Organisation von Seniorinnen und Senioren innerhalb der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

oder die Organisation eines Seniorenrates als eingetragener Verein. Im Kreis Unna wurde im Jahr 2001 zur Stärkung der Seniorenbeteiligung eine Kreissenorenkonferenz eingerichtet, an der alle altenpolitischen Akteure des Kreises beteiligt sind. Welche weiteren Formen der politischen Partizipation sich daraus entwickeln, z.B. die Einrichtung einer Seniorenvertretung, ist derzeit noch nicht absehbar.

Abschließend stellten sowohl die Vorsitzende der LSV NRW, Hiltrud Wessling, als auch Prof. Dr. Naegele fest, dass die Veranstaltung den Bedarf und Wunsch nach der Auseinandersetzung mit und der Suche nach der bestmöglichen Praxis von Seniorenvertretungen verdeutlicht hätte. Daran müsse künftig weitergearbeitet werden, so Hiltrud Wessling in ihren Abschlussworten, in denen sie nochmals alle politischen Entscheidungsträger und die kommunalen Spitzenverbände des Landes auf zur Mitwirkung aufforderte.

Zeitung der LSV NRW *Nun Reden Wir*

Die Verbandszeitschrift ***Nun Reden Wir*** stellt ein klassisches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit dar. Die Schwerpunktthemen waren 2001: „Ehrenamt“, „Seniorenvertretungen auf Landes- und Bundesebene“, „Leben im Alter“ (Doppelausgabe).

Als kontinuierliches Publikationsorgan hatte die *Nun Reden Wir* auch im Jahr 2001 einen hohen Stellenwert in der Öffentlichkeitsarbeit der LSV NRW. Sie erhielt zahlreiche Zuschriften aus den kommunalen Seniorenvertretungen. Durch diese gute Mitarbeit konnte die Verbandszeitschrift Aktionen und Vorhaben aus dem Kreis der Mitglieder vorstellen. Einige Mitglieder der LSV NRW sandten regelmäßig Informationen, Beiträge und Fotos an die Zeitung. Insbesondere Ihnen sei an dieser Stelle für Ihre wichtige Mitarbeit besonders gedankt!

Publikationen

Neben der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und der Herausgabe der Zeitschrift *Nun Reden Wir* wurde im Berichtsjahr von der LSV NRW die Handreichung für Seniorenvertretungen in Pflegekonferenzen herausgegeben. Die praxisorientierte Handreichung war nach kurzer Zeit bereits vergriffen und eine neue Auflage musste in Auftrag gegeben werden. Neben der für viele SV sicher hilfreichen Broschüre, gab die LSV NRW ein Video und eine CD der Veranstaltung vom 26. April heraus. Dar-

über hinaus wurden wieder Presseerklärungen und Berichte über Seminare und Vorhaben der LSV NRW für die Presse verfasst.

Internet

Neben den beschriebenen Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit verfügt die LSV NRW seit dem Jahr 2000 über eine eigene Homepage im Internet, um dort ihre Arbeit darzustellen. Unter **www.senioren-online.net/lsv-nrw** können Informationen über die LSV NRW abgerufen werden. Die *Nun Reden Wir* wird zu großen Teil auf der Homepage veröffentlicht. Außerdem verfügt die LSV NRW unter **www.janus-online.de/regional/muenster** über eine weitere Selbstdarstellung ihrer Arbeit im Internet.

5. Perspektiven

Auch wenn das Jahr des Ehrenamtes am 31. Dezember 2001 endete, die Arbeit der LSV NRW geht weiter. Der Vorstand der LSV NRW wird auch im Jahr 2002 seine Aufgaben arbeitsteilig fortsetzen. Die arbeitsteilige Vorgehensweise des Vorstands hat sich bewährt. Sie entspricht zudem den erhöhten inhaltlichen und zeitlichen Herausforderungen an die Arbeit einer politischen Interessenvertretung. Die Breite und die Komplexität der Aufgabenbereiche für eine solche Interessenvertretung älterer Menschen schaffen die Notwendigkeit zur Konzentration auf zentrale Themenbereiche und die Spezialisierung einzelner Vorstandsmitglieder auf ausgewählte Aufgabengebiete.

Sowohl die Gremienarbeit als auch die Abfassung von Stellungnahmen wird der Vorstand der LSV NRW fortführen und ggf. weiterentwickeln. Neben der Pflege der Kooperationen wird die Mitgliederbetreuung weiterhin ein zentrales Aufgabengebiet der LSV NRW darstellen. Darüber hinaus sind auch die Seminar- und Veranstaltungsangebote wieder ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der LSV NRW.

Ferner wird die LSV NRW auch 2002 ihre themenbezogene Arbeit fortgesetzt: „Neue Medien für Ältere“, „politische Partizipation älterer Menschen“, „Kultur und Weiterbildung im Alter“. Ebenso werden 2002 „Wohnen im Alter“ und „Gesundheit und Pflege“

wieder besondere Arbeitsschwerpunkte bilden. Ferner wird sich die LSV NRW für die Durchführung von Projekten engagieren.

Im Themenbereich „Gesundheit und Pflege“ stellen sich durch die Novellierung des Heimgesetzes und das neue Qualitätssicherungsgesetz neue Herausforderungen für die kommunalen SV. Eine wichtige Aufgabe wird darin bestehen, Frauen und Männer vor Ort zu motivieren, sich in den Heimbeiräten einzubringen.

Trotz der positiven Arbeitsergebnisse der LSV NRW gibt es bezüglich unserer zentralen Forderung nach Einbindung der Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnung (GO) keinen Durchbruch. Ministerin Birgit Fischer sprach sich auf unserer Jubiläumsveranstaltung am 26. April 2001 ausdrücklich gegen eine Verankerung der SV in der GO aus. Aus dem Kreis der altenpolitischen Sprecherinnen konnte allein Barbara Steffens von „Bündnis 90/Die Grünen“ ein positives Votum ihrer Fraktion abgeben. Keine der anderen Fraktionen (SPD, CDU und FDP) im Landtag unterstützt uns aktuell bei dieser zentralen Forderung. Aber: Wir stellen zunehmend fest, dass auch innerhalb der Landtagsfraktionen andere Meinungen bestehen. So spricht sich beispielsweise die altenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ina Meise-Laukamp für die Einbindung der SV in die GO ein. Für die LSV NRW zeigt dies, dass wir weiter um Unterstützung werben müssen. Ebenso unbeirrt sollten auch die kommunalen SV in dieser Sache verfahren. Bemerkenswert ist bei der Diskussion um die GO-Einbindung, dass sich die Argumente unserer Gegnerinnen und Gegner regelmäßig und stets ohne die Reflexion unserer Überlegungen wiederholen. Häufig wird dabei falsches behauptet. So z.B., dass die SV ein Stimmrecht in den Ausschüssen fordern würden. Von einem Stimmrecht war und ist aber nicht die Rede, sondern von einer Beteiligung mit Rede/ und Antragsrecht. Altenpolitik in den Kommunen versteht die LSV NRW als Querschnittsaufgabe. Diese Forderung stellt letztlich nur eine faktische Umsetzung der Abkehr von der Fürsorge hin zur Selbstständigkeit in der Altenpolitik dar. In diesem Zusammenhang sei an die Aussage von Prof. Dr. R. Pitschas erinnert, der in seinem Fachvortrag am 7. November 2001 in Lünen SV als „Beitrag zur Rückgewinnung der politischen Subjektstellung älterer Bürger“ bezeichnete. Die LSV NRW wünscht sich dazu eine wirklich offene Diskussion, die die SV tatsächlich und nicht nur rhetorisch als politische Interessenvertretung älterer Menschen anerkennt. Von dem bisherigen Widerstand lassen wir uns nicht entmutigen und blei-

ben beharrlich bei unserer zentralen Forderung. Damit sind wir nicht allein, denn die seniorenpolitischen Organisationen der Parteien - allen voran die SPD AG 60 plus - unterstützen unsere Forderung. Hinzu kommt, dass auch die Zahl unserer Mitglieder im letzten Jahr wieder angewachsen ist, auch dadurch wird unser Anliegen zusätzlich untermauert.

Eine weitere Forderung der LSV NRW wird mit guten Erfolgsaussichten weiter forciert: Die Änderung des WDR-Gesetzes bzgl. des Rundfunkrates. Unterstützung dazu erfährt die LSV NRW von Marc Jan Eumann, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und der altenpolitischen Sprecherin der SPD Ina Meise-Laukamp. Die LSV NRW fordert die Novellierung des WDR-Gesetzes und damit des Landesrundfunkgesetzes mit dem Ziel, Vorschlagsrecht bei der Besetzung des Rundfunkrates zu erhalten. Im Staatsvertrag über den Südwestrundfunk hat der Landessenorenrat Baden-Württemberg einen Sitz im Rundfunkrat. In Nordrhein-Westfalen ist es hingegen bisher üblich, dass ein "Vertreter aus dem Kreis der älteren Menschen" durch die Wohlfahrtsverbände als Mitglied des Rundfunkrates bestimmt wird. Der damit verbundene fürsorgliche Alleinvertretungsanspruch der Wohlfahrtsverbände für ältere Menschen ist sachlich falsch und obsolet. Zudem hält die LSV NRW eine Bestimmung des "Vertreters aus dem Kreis der älteren Menschen" durch die Wohlfahrtsverbände vor dem Hintergrund deren bereits vorhandener Mitgliedschaft im Rundfunkrat für unangemessen.

Der Rechenschaftsbericht 2001 gibt einen Überblick über die geleistete Arbeit der LSV NRW. Er ist ein Beleg für das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen im politischen Bereich. Allen Menschen, die die Arbeit der LSV NRW unterstützen und begleiten, danken wir!

Der Vorstand der Landessenorenvertretung Nordrhein-Westfalen